



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Eimsbüttel
Bezirksversammlung

Az.

Drucksachen-Nr. 0966/XIX
18.02.2013

Antrag
- öffentlich -

Beratungsfolge	am	TOP
Bezirksversammlung	28.02.2013	8.8

Wandel der Arbeitswelt – steigende Anforderungen an die Beschäftigten

Antrag der SPD-Fraktion und der GRÜNE-Fraktion

Sachverhalt:

Immer mehr Berufstätige werden psychisch krank. Laut dem Stress-Report 2012 waren in Deutschland psychische Störungen für mehr als 53 Millionen Krankheitstage verantwortlich. Bereits 41 Prozent der Frühberentungen haben psychische Ursachen. In Hamburg erfolgen, wie die AOK Rheinland / HH ermittelt hat, 28, 5 % aller Krankschreibungen und 23, 7 % aller Krankengeldzahlungen aufgrund von psychischen Erkrankungen.

Die Zunahme von psychischen Beschwerden und der Anstieg von Überbelastungsanzeigen sowie typischer Überlastungserkrankungen finden ihre Erklärung in der steigenden Arbeitsintensität, in starkem Termin- und Leistungsdruck, in Multitasking und in der ständigen Verfügbarkeit durch Kommunikations- und Informationsanforderungen. Die Entwicklung ist gleichermaßen in den verwaltenden, den dienstleistenden und den produzierenden Bereichen zu beobachten, berichtet Stefan Weis in der Zeitschrift für betriebliche Prävention und Unfallversicherung im Januar 2012.

Der Arbeits- und Gesundheitsschutz kann darauf bislang nicht adäquat reagieren.

Es gibt zwar Vorschriften zum Heben oder zur Bildschirmarbeit. Für den Umgang mit psychischer Belastung aber fehlen verbindliche Regelungen, die die Unternehmen dazu veranlassen, sich aktiv mit den jeweiligen Arbeitsbedingungen ihrer Beschäftigten auseinanderzusetzen, wie Gesundheitssenatorin Prüfer-Storcks in der Welt vom 28.1.13. beklagte.

Der Gesundheitsbericht Eimsbüttel 2012, der Basisdaten zur gesundheitlichen Lage im Bezirk Eimsbüttel von 1998 bis 2009 ermittelt hat, vor allem bei den Arbeitnehmern in der Altersgruppe der 45- bis 64-Jährigen, unterstreicht die besondere Bedeutung einer betrieblichen Gesundheitsförderung. Betriebliche Gesundheitsförderung könne zur Erhaltung der mit zunehmendem Alter bedrohten Erwerbsfähigkeit beitragen. Diese Altersgruppe macht etwa ein Viertel der Bevölkerung des Bezirks Eimsbüttel aus.

Das Amt für Arbeitsschutz hat den gesetzlichen Auftrag den Arbeitsschutz in Hamburger Betrieben zu überwachen sowie Unternehmen im Arbeits- und Gesundheitsschutz zu beraten und zu unterstützen.

Beschlussvorschlag:

Die Vorsitzende der Bezirksversammlung Eimsbüttel wird gebeten, eine/n Vertreter/in des Amtes für Arbeitsschutz in den Fachausschuss Wirtschaft, Arbeit und Kultur einzuladen, um über die Situation und Entwicklung in Eimsbüttler Betrieben zu berichten, die sie an Hand des „Hamburger Arbeitsschutzmodells ABS- Aufsicht, Beratung, Systemüberwachung“ festgestellt haben. Die Mitglieder des SGFG nehmen an dieser Sitzung teil.

Sabine Jansen und SPD-Fraktion
Gabriela Küll und GRÜNE-Fraktion

Anlage/n:

ohne Anlagen